



# GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

---

## Protokoll des Einwohnerrats

---

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

### 15. Sitzung vom 4. April 2022

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.01 Uhr

---

Leitung: Sven Inäbnit (Präsident)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Sirin Hauri, Daniel Zimmermann

Caroline Rietschi (anwesend bis 20.20 Uhr)

---

Präsident:

Sven Inäbnit

Protokoll:

Linda Gerstner

---

## **Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten**

*Präsident Sven Inäbnit, FDP* begrüsst die Anwesenden zur heutigen Einwohnerratsitzung. Insbesondere möchte er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderates, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger und Linda Gerstner, welche aus dem Mutterschaftsurlaub zurück ist und heute das Protokoll führt und die Abstimmungsanlage bedient, willkommen heissen. Er begrüsst selbstverständlich auch alle weiteren Mitglieder der Verwaltung, die heute anwesend sind, die Vertreter der Medien und alle Zuschauer und Zuschauerinnen ganz herzlich.

Leider haben sich seit der letzten Sitzung im Februar dramatische Ereignisse auf unserem Kontinent entwickelt. Wer hätte kriegerische Aggressionen unter europäischen Staaten und so kurzfristig entstehend für möglich gehalten? Umso mehr sind sicher die Gedanken aller bei den Betroffenen und den Opfern. Mit Demut sind wir froh, nicht direkt betroffen zu sein. Auch die Gemeinde hat und wird die Auswirkungen des Kriegs spüren. Im Namen des Einwohnerrats möchte der Präsident an dieser Stelle allen danken, die sich für die Bewältigung der Situation in irgendeiner Form einsetzen. Nicht abschliessend aufgezählt meint er private Personen, öffentliche und gemeinnützige Institutionen, die Verwaltung, die Behörden der Gemeinde und natürlich auch den Gemeinderat.

Da rückt der bisherige Fokus «Corona» zunehmend aus dem Blickfeld. Trotz einem hoffentlich langfristigen, nachhaltigen Übergang zu einer Normalität bittet er die Anwesenden, bezüglich Corona vorsichtig zu sein und die individuellen Schutzmassnahmen wie Abstand und Händehygiene weiterhin zu beachten.

*Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP* freut sich, dass heute, entgegen den letzten Sitzungen, kein Rücktritt aus dem Rat zu verkünden ist. An dieser Stelle wünscht er nochmals allen neuen Ratsmitgliedern – und das sind doch etliche aus den letzten drei, vier Monaten – weiterhin viel Erfolg. Er bittet sie, sich aktiv einzubringen und den Rat mit ihrer hoffentlich noch unverbrauchten Sicht auf die politischen Angelegenheiten in Binningen zu aktivieren.

## **Mitteilungen aus dem Einwohnerrat-Büro**

Nina Eldridge, Mitte/glp, und Ralph Büchelin, SP, wurden in der letzten Büro-Sitzung als stellvertretende Mitglieder in die Spezialkommission Immobilien-Strategie gewählt. Weiter hat das Büro beschlossen, dem Gemeinde TV bis und mit Juni-Sitzung, sprich für die nächsten drei Sitzungen inkl. der heutigen, die Bewilligung für Film- und Tonaufnahmen aus dem Einwohnerrat zu erteilen. Ab August kann das neue Büro neu beschliessen, ob eine solche Bewilligung auch wieder längerfristig erteilt werden soll.

## **Entschuldigungen**

Für die Sitzung entschuldigt haben sich Daniel Zimmermann, FDP, und Sirin Hauri, Grüne/EVP. Der Präsident informiert, dass Sirin Hauri kürzlich Mutter geworden ist. Er wünscht ihr alles Gute. Die Einwohnerratsmitglieder freuen sich sehr über diese Nachricht und das Glück.

Damit sind es 38 Anwesende und das absolute Mehr liegt bei 20.

## **Neue Vorstösse**

Nr. 108, Anfrage D. Zimmermann, FDP: Hauptstrasse Tempo30 – was ist Sache?

Nr. 109, Anfrage D. Zimmermann, FDP: Wo habe ich meinen Schutzraum?

Nr. 110, Anfrage Th. Haefele, FDP: Sofortmassnahmen für ukrainische Geflüchtete

Nr. 111, Interpellation S. Abt, SP: Auswirkungen der bereits umgesetzten Steuerreform SV17 und der geplanten Vermögens- und Einkommenssteuerreformen im Kanton Baselland auf die Gemeindefinanzen

Zu den Anfragen liegen schriftliche Antworten des Gemeinderats in elektronischer Form vor. Diese können konsultiert werden. Der Präsident kommt am Schluss nochmals kurz auf das Thema zurück.

Zu Beginn der Sitzung wird eine Testabstimmung durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

## Traktandenliste

Der Präsident merkt an, dass die ersten Geschäfte auf der Traktandenliste alle den Geschäftskreis von Gemeinderätin Caroline Rietschi betreffen. Sie ist aufgrund einer Operation leicht handicapiert und hat die Erlaubnis, den Rat nach ihren Geschäften zu verlassen. Er bedankt sich an dieser Stelle, dass sie heute trotzdem gekommen ist und ihre Geschäfte vertritt.

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

---

	Gesch. Nr.
1. <b>Genehmigung des Protokolls vom 21. Februar 2022</b>	
2. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 17. Januar 2022 <b>Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats: Dringliches Postulat</b>	60
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11. Januar 2022 <b>Strategie nachhaltige Mobilität 2035</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	89
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1. März 2022 <b>Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz Binningen mit dem öffentlichen Verkehr, Erfahrungsbericht</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	16/XII
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25. Januar 2022 <b>Reglement über den Fonds für Infrastrukturabgaben</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	88
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4. Januar 2022 <b>Interpellation Th. Schwarb, Grüne/EVP-Fraktion: Verkauf Münsterplatz 5 und 6</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	86
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4. Januar 2022 <b>Interpellation Th. Haefele, B. Büschlen: Nutzung Kronenmattsaal durch Sekundarschule</b> Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	94
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22. Februar 2022 <b>Interfraktionelles Postulat: Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller	61
9. Diversa	

## Traktandum 1

---

### Genehmigung des Protokolls vom 21. Februar 2022

*Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP* teilt mit, das Einwohnerrats-Büro hat bereits über das Protokoll befunden und sieht keine Änderungen vor.

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Rat.

### BESCHLUSS

---

*://:* Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Gesch. Nr. 60

### Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats: Dringliches Postulat

Der Präsident erläutert, die Vorlage geht auf einen Antrag von Roman Oberli zurück zur Einführung eines dringlichen Postulats als Mittel eines Vorstosses in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Das Geschäft kommt aus dem Büro, welches am 17. Februar darüber entschieden und beschlossen hat, das Geschäft heute zu traktandieren.

*://:* Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

### GESCHÄFTSBERATUNG

*Roman Oberli, SVP* äussert, die SVP-Fraktion sei mit dem vorliegenden Antrag des Büros zufrieden und kann diesem zustimmen. Ebenfalls findet sie es gut, dass das dringliche Postulat jetzt eingeführt wird.

*Andrea Alt, Mitte/glp* begrüsst namens der Mitte/glp-Fraktion den Antrag von Roman Oberli und folgt dem Vorschlag des Büros. Es macht durchaus Sinn, gewisse Geschäfte dringlich zu behandeln und nicht über Monate hinauszuschieben. Die Dringlichkeit führte in den letzten Jahren aber immer wieder zu Diskussionen. Die Mitte/glp ist der Meinung und praktiziert dies auch so, dass einer Dringlichkeit, wenn dies das Ansinnen einer Partei ist, auch einmal zugestimmt werden darf oder zugestimmt werden soll. Damit stimmt man dem Geschäft ja noch nicht zu. Im Gegenteil. In den letzten Jahren ist aber kaum je einer Dringlichkeit stattgegeben worden. Die Zweidrittelmehrheit erfordert nämlich eine Zustimmung beider Seiten des Rats. Die Fraktion möchte anregen, die Dringlichkeit wohl dosiert einzusetzen und im Gegenzug einer Dringlichkeit auch einmal wohlwollend zu begegnen.

*Stephan Appenzeller, SP* fasst sich kurz. Materiell wurde der Antrag von Roman Oberli schon bei der Überweisung diskutiert. Die SP-Fraktion stimmt dem Vorschlag vollumfänglich zu.

*Thomas Schwarb, Grüne/EVP* teilt mit, die Grüne/EVP begrüsst die Erweiterung um das dringliche Postulat und stimmt dem Vorschlag ebenfalls zu.

*Christoph Daniel Maier, FDP* unterstützt namens der FDP die vorgelegte Vorlage. Es macht Sinn, die hier identifizierte Lücke zu schliessen. Wie weit dies in der Praxis Anwendung findet, darf sich dann durchaus in der erwähnten Praxis zeigen. Es nun aber einmal vorzusehen, findet die Fraktion eine gute Idee.

## LESUNG DER SYNOPSE

### § 22, Absatz 3

Keine Wortmeldungen.

### § 24, Titel und Absatz 3

Keine Wortmeldungen.

## ABSTIMMUNG

Da es keinen Antrag auf eine zweite Lesung gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Er schlägt vor, über beide Änderungsanträge gemeinsam abzustimmen, weil sie materiell das Gleiche umfassen und keine Opposition erkennbar ist. Der Rat ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Anpassung der Geschäftsordnung: Einstimmig JA (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

## BESCHLUSS

---

://: Die Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats wird beschlossen.

---

## Traktandum 3

Nr. 89

### Strategie nachhaltige Mobilität 2035

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Carole Inäbnit, FDP* führt aus, die FDP nimmt die Strategie zur Kenntnis. Sie findet, die Strategie und das Konzept wurden sehr gut ins Leitbild und ins Legislaturprogramm eingebettet. Nach Meinung der Fraktion wurde im Konzept gut aufgeführt, mit welchen Massnahmen die Elemente der Strategie umgesetzt werden sollen. Aufgrund der beiden Dokumente konnten sie feststellen, dass Binningen in der Realität in Sache Mobilität gut aufgestellt ist und dass viele Sachen am Laufen und auch gut am Laufen sind. So z.B. die ÖV-Erschliessung, welche mehrfach positiv aufgeführt wurde. Nach Meinung der FDP sind die Strategie und das Konzept ein vernünftiger Weg, Binningen betreffend Mobilität in eine zukunftsorientierte Richtung zu bringen. Auch den Massnahmenkatalog begrüsst die Fraktion insgesamt. Es gibt einige Massnahmen, welche sicherlich weiterhin verfolgt werden sollten z.B. die Stossrichtung, die E-Mobilität zu fördern und attraktiv zu machen. Speziell in diesem Bereich gibt es aber auch einen Punkt, den sie nicht so schätzen und welcher bei ihnen auf Verwunderung gestossen ist: Die Verpflichtung der Eigentümer zum Bau von Elektro-Ladestationen. Dies findet die Fraktion keine perfekte Lösung. Aber alles in allem finden sie die Strategie und das Konzept gut und nehmen es zur Kenntnis. Die FDP ist gespannt auf die weitere Entwicklung, die Binningen im Bereich Mobilität einschlagen wird und wird sich in diesen Punkten gerne auch weiterhin einbringen.

*Rahel Amacker, Mitte/glp* erläutert, ihre Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Strategie «nachhaltige Mobilität 2035», das ergänzende Mobilitätskonzept sowie die Massnahmenliste und nimmt diese zur Kenntnis. Das Strategiedokument als Koordinations- und Planungswerkzeug liefert eine gute Grundlage

und Übersicht. Der Verkehr ist bei den direkten Emissionen der Schweiz der schwerwiegendste Klimafaktor. Er ist für rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich und dies ohne internationalen Flug- und Schiffverkehr. Daher findet es die Fraktion wichtig, dass auch Binningen im Bereich Mobilität vorwärts macht und Massnahmen zur Förderung von nachhaltigem Verkehrsverhalten umgesetzt werden.

Auf einige wenige Punkte der Strategie möchte die Votantin gerne eingehen. Erstens: In Binningen sollen die Fuss- und Fahrradwege sicher und attraktiv sein. Die Mitte/glp begrüsst den Ausbau von Veloabstellplätzen, was im Mobilitätskonzept als Massnahme mit hoher Priorität kennzeichnet ist. Als optimale Voraussetzung für die kombinierte Velo- und ÖV-Nutzung soll es gedeckte Veloabstellplätze an Haltestellen und öffentlichen Einrichtungen geben. Die Rednerin möchte in Erinnerung rufen, dass bei der Sanierung der Hauptstrasse die Veloparkplätze beim Kronenplatz ursprünglich mit einer Überdeckung geplant waren, diese Überdachung dann aber in Folge eines Antrags im Einwohnerrat wieder gestrichen wurde. Bei künftigen Entscheidungen im Einwohnerrat hofft die Mitte/glp, dass der Rat die Massnahmen konsequent umsetzt, sodass man sich auf ein trockenes und rostfreies Fahrrad setzen kann. Zweitens: Die Erarbeitung des Konzepts Elektromobilität würde die Fraktion sehr unterstützen. Um den Anteil von Elektrofahrzeugen gesamtschweizerisch zu erhöhen, braucht es eine grosse Ausweitung der Ladeinfrastrukturen. Das trifft insbesondere auf Mehrfamilienhäuser zu, weil Elektrofahrzeuge vor allem zuhause geladen werden und fast 70 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen Wohnraum mieten. Aber gerade in Mehrfamilienhäusern findet der Ausbau von Ladeinfrastrukturen aktuell nur schleppend statt. Die Mitte/glp hofft, dass Binningen hier vorwärts machen kann.

Drittens: Momentan werden an den Binninger Schulen keine Mobilitätsaktionen durchgeführt. Ihrer Fraktion ist es ein Anliegen, solche Chancen für Aktionen zukünftig zu nutzen. So können Jugendliche früh mit den Vorteilen nachhaltiger Mobilität in Berührung gebracht werden, unabhängig vom Verkehrsverhalten der Eltern. Allgemein muss die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung als Daueraufgabe betrachtet werden. Dazu zählt auch, bestehende und neue Aktivitäten der Gemeinde zu koordinieren und bekannt zu machen. Viertens: In der Version der Strategie steht u.a., dass die Mobilität auch auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt werden soll. Die Mitte/glp hat sich gefragt, wie die Bedürfnisse der Einwohner und Einwohnerinnen gegenwärtig erfasst werden. Sie erachten es als zentral, die Bevölkerung aktiv in die Ausgestaltung nachhaltiger Mobilität miteinzubeziehen. Gerade auf Gemeindeebene liegt ein grosses Potenzial, weil Veränderungen in Gemeinden oftmals schneller gehen als auf Bundes- oder Kantonsebene. Es ist wichtig, den Mut zu haben, auch einmal etwas auszuprobieren. Beispielsweise könnten durch Bürgerräte die diversen Bedürfnisse der Bevölkerung in den Entwicklungsprozess miteinbezogen oder durch Living Labs die Zukunft erlebbar gemacht werden. Letztlich sollte man eines nicht vergessen: Das Ziel sollte nicht nur sein, die Mobilitätsangebote nachhaltiger zu gestalten, sondern sich auch mit der Frage zu beschäftigen, wie Mobilität reduziert werden kann. Die Mitte/glp ist gespannt auf die zukünftige Berichterstattung.

*Stephan Appenzeller, SP* bedankt sich im Namen seiner Fraktion beim Gemeinderat und der Verwaltung für die ausgezeichnete Unterlage. Es ist eine gute Grundlage, um die Mobilität in der Gemeinde auf der Basis eines Nachhaltigkeitsverständnisses weiterentwickeln zu können. Die SP ist grundsätzlich mit der Vision, der Strategie und den Handlungsfeldern der Mobilitätsstrategie einverstanden und begrüsst auch die sehr umfangreiche Massnahmenliste. Wie immer bei guten Dokumenten gibt es das eine oder andere, das man zur Weiterentwicklung und zur weiteren Verbesserung anregen kann. Dazu einige Bemerkungen. Zu den Zielen: Bei Ziel 1 möchte die Fraktion anregen, auch den Güterverkehr zu berücksichtigen. Auch hier hat die Bevölkerung Bedürfnisse, die es zu erfüllen und gescheit zu lenken gilt. Nicht nur wegen des wachsenden Online-Handels. Nein. Die SP denkt, die Zukunft im Grossraum Basel werden Citylogistik-Konzepte sein, welche zu einer Bündelung und Elektrifizierung von Lieferketten führen werden und damit zu einer Reduktion von Emissionen und Ressourcen. Das gilt es in die Ziele und Massnahmen aufzunehmen. Viel versprechen sie sich auch von Ziel 3: «Entlastung des Strassennetzes». Ein Schlüsselprojekt ist dabei die Aufwertung der Hauptstrasse. Dies ist ein kantonales Projekt, zu welchem

der Rat vor 1,5 Jahren ein interfraktionelles Postulat überwiesen hat. Man möchte die Aufenthaltsqualität auf dieser Strasse verbessern, sodass es für Geschäfte, Restaurants und Stände attraktiver wird und gleichzeitig das Dorfbild verschönern. Die laufende Prüfung von Tempo 30 liegt hier genau richtig.

Zu den Handlungsfeldern: Beim Handlungsfeld «öffentlicher Verkehr» teilt die SP die Einschätzung, dass Binningen in Nord-Süd-Richtung, also entlang des Leimentals, über ein ausgezeichnetes Angebot verfügt. Quer dazu, in Ost-West-Richtung, klaffen aber grosse Lücken im Netz. Vom Kronenplatz zum Schloss kommt man mit dem öffentlichen Verkehr nur über einen Umweg über Bottmingen. Das ist wahrlich kein gutes Angebot. Es ist gar kein Angebot. Der Redner greift hier ein wenig dem nächsten Traktandum vor. In Ost-West-Richtung braucht Binningen etwas Besseres, auch wenn es etwas kostet. Es muss kein grosser Gelenkbus sein, aber ein Ergänzungsangebot. Ein Rufbus z.B., den man mit einer App flexibel bestellen kann. Dieser sollte ins U-Abo integriert sein, um auch für Gelegenheitsfahrten attraktiv zu sein, und nicht nur bis zum Friedhof fahren, sondern vom Bruderholz via Friedhof, Schloss, Kronenplatz auf das Westplateau zum Neubad. Also gut vernetzt, attraktiv und in das bewährte Tarifsystem integriert.

Zu den Massnahmen auch zwei kleine Bemerkungen. Die Liste ist sehr umfassend. Es macht Spass, sie durchzulesen. Die Fraktion sieht, dass der Gemeinderat an Vieles denkt. Sie erkennt darin auch Massnahmen aus hängigen politischen Vorstössen, z.B. wie von der Vorrednerin erwähnt, Ladestationen zur Förderung der Elektromobilität. Die SP begrüsst aber auch die kleinen, feinen Massnahmen zur Förderung des Veloverkehrs wie z.B. den Einbau von Duschen in Verwaltungsgebäude der Gemeinde, damit Velofahrende frisch am Arbeitsplatz ankommen können. Die Fraktion möchte anregen, dies auch auf private Unternehmungen auszuweiten. Wenn man es nicht vorschreiben kann, so kann die Gemeinde doch in Form von Beratungsgesprächen dazu motivieren, dass die Privatwirtschaft hier nachzieht. Das Total der Massnahmen wird der Zielsetzung der Mobilitätsstrategie und der Nachhaltigkeit zweifellos gerecht. Die Tabelle zeigt auch auf – das findet die SP wertvoll –, für welche Massnahmen allenfalls Finanzierungsbeiträge zu erwarten sind. Sei es aus dem Pendlerfonds Basel-Stadt oder aus den Agglomerationsprogrammen des Bundes. Sie würden sich wünschen, dass man auf dieser Tabelle auch das geplante Umsetzungsjahr abbilden würde. Einfach um eine Idee zu erhalten, ob eine Massnahme bald oder eher später kommt. So hätte man nicht nur eine Priorisierung nach Wichtigkeit, sondern auch eine zeitliche Priorisierung. In diesem Sinn nimmt die SP in zustimmendem Sinn Kenntnis von der Strategie.

*Andrea Schilling, Grüne/EVP* signalisiert, grundsätzlich sind die Ziele der Mobilitätsstrategie für die Fraktion Grüne/EVP akzeptabel. Bei einigen Begriffen und Aussagen sind ihnen die Definitionen aber unklar. Z.B. Personen, die auf ein Auto angewiesen sind. Sind hier nur gehbehinderte Menschen gemeint oder sind auch andere Gründe akzeptabel? Den MIV nachhaltig zu gestalten ist das Ziel. Es gibt aber zu wenig konkrete Massnahmen. Die meisten sind nicht einmal in der Kompetenz der Gemeinde und/oder der Handlungsspielraum ist durch übergeordnetes Recht eingeschränkt. Wurde das Mobilitätskonzept nur für mobile Menschen in der Gemeinde konzipiert? Zwar wird im Handlungsfeld «Fussverkehr» auf schwächere und unsichere Fussgänger\*innen wie Kinder hingewiesen. Die Grüne/EVP hofft, dass die ältere Bevölkerung hier auch mitgemeint ist. Sie vermissen in diesem Zusammenhang einen grösseren Einbezug der älteren Bevölkerung. Möglichkeiten sind das bekannte Sitzbankkonzept, sichere Trottoirs und kurze und übersichtliche Strassenübergänge. Aufenthaltsqualität heisst auch beschattete Strassen und Wege. Auch dies ist ein immer wiederkehrendes Thema. Der knappe öffentliche Raum sollte so attraktiv wie möglich für die Menschen sein.

Auch die Schulen werden in die Verantwortung genommen, obwohl die nachhaltige Mobilität gemäss Lehrplan schon lange ein Thema und mit der Schulwegsicherheit ein separates Konzept in Arbeit ist. In die Verantwortung genommen wird auch die Wirtschaft, die Unternehmen in Binningen und selbstverständlich die Verwaltung als Vorbildfunktion, in dem angeregt und injiziert wird. Aber wo sind die Anregungen und Hilfestellungen für Vereine und Institutionen? Sie werden wahrscheinlich nur bei grösseren Veranstaltungen in die Verantwortung genommen, um das Mobilitätsmanagement einzuhalten. Aber

explizit werden weder Institutionen noch Vereine in einem der Handlungsfelder angesprochen. Konsequenterweise sollten sie miteingebunden werden. Das vorliegende Konzept bezieht sich auf weitere Konzepte wie die Energiestrategie, den Langsamverkehr, die Schulwegsicherheit, das Sitzbankkonzept und auch das Alterskonzept würde für die Fraktion dazu gehören. All diese Konzepte wurden für sich alleine entwickelt. Es wäre wichtig, auch die Schnittstellen untereinander und zum Mobilitätskonzept anzuschauen. Der öffentliche Mobilitätstag wäre eine gute Gelegenheit, Ideen aus der Bevölkerung aufzunehmen. Hier könnten die bereits erwähnten Vereine ev. auch einen Beitrag leisten. Die Fraktion nimmt das Mobilitätskonzept zur Kenntnis und hofft, mit den Anmerkungen auf einzelne Schwächen hinzuweisen und bei der Weiterentwicklung unterstützen zu können.

*Roman Oberli, SVP* teilt mit, die SVP nimmt das Mobilitätskonzept ablehnend zur Kenntnis. Warum? Aus diesem Papiertiger kommt wieder einmal die Autofahrer unfreundliche Haltung des Gemeinderats zum Vorschein. Bis auf die Aussage mit den Emissionen werden keine Quellen genannt, sondern vage Aussagen wie: «Tendenziell sind die Bewohner bereit umzusteigen» getätigt. Was ist die Basis für diese Aussage? Die Realität sagt nämlich etwas Anderes. Die Nutzung des MIV ist seit 2020 gestiegen. Einerseits die Zulassung der Neufahrzeuge inkl. Personenwagen (siehe auch Bundesamt für Statistik, Strassenfahrzeuge – neue Inverkehrsetzungen) und andererseits ist auch der Anteil des MIV an der zurückgelegten Distanz um 4 Prozent gestiegen, während der Anteil des ÖV um gut 7 Prozent gesunken ist (Bundesamt für Statistik: Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Mobilitätsverhalten). Die SVP fordert den Gemeinderat deshalb auf, den effektiven Gegebenheiten und realen Bedürfnisse der Bevölkerung Rechnung zu tragen und nicht die eigenen ideologischen Wunschvorstellungen durchzuboxen. Dazu gehört die Kehrtwende vom unsolidarischen Tempo 30-Vorhaben. Denn wenn jede Gemeinde so denken würde, dann würde nicht nur der MIV sondern auch der ÖV ausgebremst werden, was massiv längere Reisezeiten und Mehrkosten für alle verursachen würde. Damit ist schliesslich niemandem gedient.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* dankt für die grossmehrheitlich positive Aufnahme dieser Strategie mit Konzept und Massnahmenliste. Sie hat damit gerechnet, dass die MIV-Kritik kommt, auch wenn sie nicht genau weiss, wo es im Geschäft steht. Einleitend wird ganz konkret erwähnt, dass es nicht gegen den MIV gerichtet ist, sondern es geht darum, den MIV nicht fossil zu betreiben. Das sind zwei Sachen, die man grundsätzlich auseinanderhalten muss. Da sie sich mit der linken Hand nicht so schnell Notizen machen konnte, erlaubt sie sich pauschal zu sagen, dass der Gemeinderat die Anregungen sehr gerne mitnimmt und bei den weiteren Schritten der Umsetzung gebührend berücksichtigen wird.

Kenntnisnahme.

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Strategie nachhaltige Mobilität 2035 inkl. Beilagen.

---

## Traktandum 4

Nr. 16/XII

### **Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz Binningen mit dem öffentlichen Verkehr, Erfahrungsbericht**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG



*Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP* erklärt, die Grüne/EVP wundert es eigentlich nicht, dass das Ruftaxi an die Margarethenstrasse kein Renner wurde. Der Bericht des Gemeinderats hält die Corona-Einschränkungen für die Ursache. In diesem Fall sollte man den Versuch eigentlich verlängern, sobald die Einschränkungen wegfallen. Aber die gleiche Versuchsanordnung zu verlängern, wird auch nichts bringen. So ist das Zeitfenster von zweimal 3 Stunden wöchentlich nicht wirklich einladend. Es ist auch schade, dass kein Wochenendtag dabei ist. Dann hätte man eigentlich am besten die Zeit und Ruhe, auf den Friedhof zu gehen. Der Fraktion scheint es zudem nicht optimal, dass man 4 Franken pro Fahrt bezahlen muss. Im Vergleich zu den Kosten ist es für die Gemeinde eigentlich Peanuts. Aber für einige Personen fallen 32 Franken im Monat doch ins Gewicht, wenn sie einmal pro Woche das Ruftaxi nutzen würden. Hier könnte sich das reiche Binningen etwas grosszügiger zeigen. Der Taxistand kosten 1800 Franken im Monat und wird von etwas mehr als 6 Personen genutzt. Das heisst pro Person 300 Franken. Für diesen Betrag könnte jede Person 10 Mal mit einem normalen Taxi an die Margarethenstrasse fahren und dies zu jeder beliebigen Zeit. Es wäre also auch zu überlegen, ob es für die Gemeinde nicht rentabler wäre, wenn die Leute mit einem normalen Taxi fahren und die Quittung anschliessend vorweisen würden, um den Betrag zurückzuerhalten.

Die Votantin fasst zusammen, es war ein unbefriedigender Versuch unter erschwerten Bedingungen und ohne wirkliche Grosszügigkeit in Sachen Zeit oder Geld. Einen unbefriedigenden Versuch abzubrechen, ist richtig. Aber die Erschliessung des Ost-Plateaus ist offen und sie wird wieder aufs Tapet kommen. Es muss eine Lösung her. Vermutlich kommt die Problematik sowieso wieder, wenn der Werkhof an der Margarethenstrasse stehen sollte. Es gibt Leute, die haben Material zum Entsorgen und tatsächlich kein Auto. Zu diesen Personen sollte man eigentlich Sorge tragen.

*Nina Eldridge, Mitte/glp* dankt dem Gemeinderat im Namen ihrer Fraktion für den Erfahrungsbericht. Wie man dem Bericht entnehmen kann, wurde das zusätzliche Angebot des Ruftaxis im Jahr 2020 nur 28 Mal und im Jahr 2021 nur 61 Mal genutzt. Es gilt natürlich zu bedenken, dass in diesem Zeitraum die ausserordentliche Lage aufgrund der Covid-19-Pandemie ausgerufen worden ist und die Fahrgastzahlen dadurch massiv zurückgegangen sind. Durch Hochrechnungen mit den Fahrgastzahlen des Normalbetriebs ist jedoch zu sehen, dass die Nachfrage auch in normalen Zeiten nicht allzu gross sein wird. Die Kosten eines erweiterten Angebots würden so bei weitem nicht abgedeckt werden. Die Mitte/glp-Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderats, den erweiterten Betrieb des Ruftaxis nicht wiederaufzunehmen. Sie begrüsst aber, dass die Gemeinde immer wieder das Gespräch mit der BLT aufnimmt und nach Lösungen sucht, das Bruderholz zu erschliessen.

*Stephan Meyer, FDP* führt aus, die FDP dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht über die zweijährige Probezeit für die Erweiterung des Ruftaxi-Betriebs. Aus dem Bericht des Gemeinderats geht eindeutig hervor, dass der Bedarf sehr gering ist und das Kosten-Nutzen-Verhältnis klar gegen eine Weiterführung des Projektes spricht. Die Taxibetriebskosten für das ergänzende Angebot betragen monatlich rund 1865 Franken und das ohne Verwaltungskosten. Das sind im Jahr 22 380 Franken. Geteilt durch die 61 Fahrten ergibt dies 366,89 Franken. Also gut 365 Franken pro Fahrt. Selbst wenn sich die Anzahl der Fahrten verdoppeln würde, wären es immer noch mehr als 180 Franken pro Fahrt. Aus Sicht der Fraktion erübrigen sich alle weitergehenden Worte. Die FDP nimmt den Erfahrungsbericht zur Kenntnis und folgt der Empfehlung des Gemeinderats, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

*Barbara Fankhauser, SVP* signalisiert, die SVP schliesst sich den Voten der beiden Vorredner, sprich der Mitte/glp und der FDP, an. Sie findet, es handelt sich um eine reine Luxuslösung. Die Zahlen werden sich auch unter normalen Verhältnissen nicht verändern. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

*Brigitte Strondl, SP* erläutert, sie habe in den Unterlagen der Strategie «nachhaltige Mobilität 2035», über die der Rat im letzten Traktandum geredet hat, in der Vision und den Zielen folgendes gelesen: «Die Mobilität auf dem Gemeindegebiet Binningen wird auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abge-

stimmt und ressourcenschonend und emissionsarm gestaltet. Das Angebot an Personentransportmöglichkeiten soll auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden.». Die Postulantin ist nach wie vor überzeugt, dass die Erschliessung des Bruderholz mit dem ÖV, und dies in einem weiteren Sinne, ein Anliegen der Bevölkerung ist. Neu auf dem Bruderholz ist auch COSMOS, ein Projekt mit Angeboten für Seniorinnen und Senioren. Wie aber gelangen die älteren Menschen zur Sternwarte? Die meisten werden mit ihrem privaten Auto dorthin fahren, sofern sie überhaupt eines haben und noch fahren können.

Die Gemeinde hat nach Meinung der Rednerin eine Vorbildfunktion. Das Ruftaxi aber läuft mit einem Benzinmotor, was sie schon im Dezember 2019 beanstandet hat. Das Angebot, welches die Gemeinde damals machte, ist auch heute noch unbefriedigend und das Anliegen der Erschliessung des Bruderholz ist nicht gelöst. Beim Ruftaxi hat die Pandemie die Zahl der Fahrgäste seit 2018 mehr als halbiert. Die Fraktion der SP möchte, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird und für die Erschliessung des Bruderholz mit dem ÖV weiterhin nach einer guten Lösung für die Bevölkerung gesucht wird.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* hat den Eindruck, es seien sich alle einig, dass dieser Versuch nicht sehr erfolgreich war. Ob es nun vor allem die Pandemie war, nur die Pandemie oder das Bedürfnis nicht ganz so flächendeckend ist, sei dahingestellt. Aber der Versuch war sicher nicht erfolgreich. Auch in den Augen des Gemeinderats ist klar, dass die Querverschliessung auf das Bruderholz alles andere als optimal ist. Darüber muss nicht wirklich diskutiert werden. Das Problem ist die Lösung, wie man das Bruderholz besser erschliessen kann, es finanziell aber trotzdem noch in einem vernünftigen Rahmen bleibt. Die Anwesenden konnten den Unterlagen entnehmen, was eine Erschliessung mit dem ÖV kostet. Auch ein Rufbus ist nicht gratis zu haben. Die Übernahme in den TNW, das weiss Stephan Appenzeller auch, gibt es nicht von heute auf morgen. Dafür muss man zuerst ein Angebot 4 bis 5 Jahre vorfinanzieren, bevor der Kanton es in sein Angebot aufnimmt. Die Preise sind im Geschäft abgebildet. Wenn der Gemeinderat mit einem solchen Vorschlag gekommen wäre, hätten die Ratsmitglieder grossmehrheitlich den Kopf geschüttelt.

Die zuständige Gemeinderätin versichert, es sei nicht so, dass dem Gemeinderat nicht bewusst wäre, dass es eine Lösung braucht. Aber es liegt noch keine gescheite Lösung vor, die vernünftig finanzierbar ist. Sie glaubt, es mache keinen Sinn, das Postulat stehen zu lassen. Wie im Geschäft der Strategie erwähnt, gehört es zu den Aufgaben der Gemeinde, dort Lösungen zu finden. Der Gemeinderat wird auch weiterhin die Augen und Ohren offenhalten, Gespräche führen und schauen, was machbar ist. Dafür das Postulat stehen zu lassen, ist in ihren Augen nicht nötig, da der Auftrag grundsätzlich besteht. Wenn das Postulat stehen gelassen wird, muss einfach regelmässig darüber berichtet werden. Am Auftrag ändert es aber grundsätzlich nichts, daher ist der Gemeinderat der Meinung, dass man das Postulat abschreiben kann. Der Gemeinderat bleibt dran. Er weiss, dass es ein Bedürfnis gibt und ist auch immer noch zuversichtlich, dass irgendwann eine vernünftige, zahlbare Lösung gefunden wird.

*Rahel Amacker, Mitte/glp* würde das Projekt nicht als Luxus bezeichnen. Personen, die bereit sind Sharing-Angebote zu nutzen, sind für sie kein Luxus, sondern es ist ein Schritt in die richtige Richtung, in Richtung Nachhaltigkeit. Einige Ratsmitglieder sind sich darüber einig, dass sich das Angebot und das Bedürfnis hier nicht denken. Wie die zuständige Gemeinderätin erwähnt hat, hofft auch die Fraktion Mitte/glp, dass man trotzdem nach neuen Ideen sucht und dass vielleicht einmal ein Angebot gefunden wird, das die Bedürfnisse abdeckt und sich in einem entsprechenden finanziellen Rahmen bewegt.

*Roman Oberli, SVP* möchte kurz zum Votum der Grünen Stellung nehmen: «Das reiche Binningen [...]». Er darf an dieser Stelle daran erinnern, dass eine Mehrheit des Einwohnerrats letzten Dezember einer Steuererhöhung zugestimmt hat wegen den anstehenden Investitionen und den daraus folgenden, in Schieflage geratenden Gemeindefinanzen. Aus diesem Grund besteht kein Spielraum für eine derart teure Lösung für die doch relativ kleine Nachfrage. Deswegen ist die SVP für Abschreibung des Postulats.

## ABSTIMMUNG

Abschreibung: 27 JA / 9 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 03)

## BESCHLUSS

---

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Erfahrungsbericht zum Postulat Erschliessung des Bruderholz Binningen mit dem öffentlichen Verkehr.
- ://: 2. Das Postulat Erschliessung des Bruderholz Binningen mit dem öffentlichen Verkehr (Vorstoss 16/XII) wird als erledigt abgeschlossen.
- 

Der Präsident äussert, damit sei die Beratung der Traktanden, welche den Geschäftskreis von Gemeinderätin Caroline Rietschi betreffen, beendet. Er wünscht ihr gute Besserung und bedankt sich nochmals für ihr Kommen.

## Traktandum 5

Nr. 88

### Reglement über den Fonds für Infrastrukturabgaben

*Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP* teilt mit, bei diesem Traktandum handle es sich um ein neues Reglement. Er möchte für alle, die noch nicht so lange im Rat sind, kurz das Prozedere, wie das Geschäft beraten wird, bekannt geben. Selbstverständlich stellt sich zuerst die Frage des Eintretens. Dann wird allgemein über das Reglement diskutiert und anschliessend erfolgt eine erste Lesung. Es ist ein neues Reglement. Es sind daher gemäss Geschäftsordnung zwei Lesungen vorgesehen. Die erste Lesung wird heute gemacht. Wenn ein Antrag auf Verzicht auf eine 2. Lesung käme, würde der Rat heute darüber abstimmen. Es bräuchte dann allerdings eine Zweidrittelmehrheit für den Verzicht auf die 2. Lesung. Am Schluss kommt die Schlussabstimmung mit den allenfalls geänderten Artikeln, die in der Lesung beraten wurden.

Pro Memoria möchte er noch festhalten, dass die ursprüngliche Vorlage vom Gemeinderat zurückgezogen wurde. Die Änderungsanträge wurden mittlerweile geprüft. Die Anträge, welche bereits in der letzten Sitzung eingereicht wurden, an der das Geschäft traktandiert war, werden heute in der ersten Lesung behandelt. Somit hat alles seine Richtigkeit. Dem Präsidenten liegen zwei gültige Anträge vor.

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
- 

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Brigitte Strondl, SP* legt dar, seit dem 1. Mai 2019 ist das kantonale Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten in Kraft. Für die Gemeinde bedeutet dies, dass sie bei Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen mit der betroffenen Grundeigentümerschaft in einem Vertrag einen Infrastrukturbeitrag vereinbaren kann. Es geht dabei um grössere Bauvorhaben. Die Mindestparzellenfläche beträgt 3000 Quadratmeter. Um die Zweckbindung dieser Infrastrukturabgaben zu sichern, braucht es einen Fonds mit einem entsprechenden Reglement. Dieses liegt dem Rat nun vor. Nach der Annahme dieses kantonalen Gesetzes durch das Stimmvolk des Kantons Baselland sind aber Teile davon vom Bundesgericht wieder aufgehoben worden und die kantonale Bau- und Umweltschutzdirektion muss jetzt eine Anpassung des Gesetzes ausarbeiten. Der Gemeinderat möchte dem Parlament nun in einem ersten

Schritt einen Reglemententwurf zur Genehmigung vorlegen mit den unbestrittenen Teilen dieses kantonalen Gesetzes und dem Einwohnerrat eine revidierte Fassung unterbreiten, sobald auf kantonaler Ebene eine vollständig bereinigte Rechtsgrundlage vorhanden ist. Das kann allerdings noch dauern. Die SP hat deshalb entschieden, ihren Änderungsantrag zurückzuziehen und allenfalls bei der revidierten Fassung nochmals damit zu kommen. Die Fraktion wird dem jetzigen Reglemententwurf ohne Änderung zustimmen.

*Thomas Haefele, FDP* möchte zuallererst etwas klären. Im vergangenen Dezember wurden in der Fraktionssitzung der FDP verschiedene Ideen zu Anträgen diskutiert. Die Entwürfe zu diesen möglichen Anträgen gelangten danach über die Fraktionspräsidien und die Büro-Sitzung zum Gemeinderat. Allerdings hat die Fraktion die beiden im Bericht erwähnten Anträge in dieser Form nie gestellt. Der Votant hat an der letzten Sitzung im Februar nur einen Antrag formell gestellt und zwar ist dies Antrag 1, bei welchem es um einen zusätzlichen § 2 Absatz 4 geht. Er wird sich merken, bei seinen Entwürfen in Zukunft immer noch das Wasserzeichen «Entwurf» einzubetten. Mit den Stellungnahmen zu den Änderungsanträgen im Bericht des Einwohnerrats ist er nicht einverstanden und hat dies in der Zwischenzeit auch mit dem Gemeinderat geklärt. Generell ist die Argumentation: «siehe obenstehende Antwort» eigentlich nicht relevant für den Änderungsantrag der FDP.

In der Volksabstimmung vom 3. März 2013 wurde das revidierte Schweizer Raumplanungsgesetz mit knapp 63 Prozent angenommen. Das Kernanliegen dieses Gegenvorschlags zur sogenannten «Landschaftsinitiative» ist der Schutz des Kulturlands sowie die Verhinderung einer weiteren Zersiedelung. In der kantonalen Volksabstimmung vom Februar 2019 wurde das kantonale Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten knapp mit 50,7 Prozent angenommen. Gemäss Bundesraumplanungsgesetz müssen erhebliche Vorteile für Grundeigentümer z.B. durch Einzonungen oder Umzonungen mit einer Mehrwertabgabe angemessen ausgeglichen werden. Nach Art. 5 Abs. 2 des Raumplanungsgesetzes müssen allerdings auch Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, also z.B. durch eine Auszonung oder eine Rückzonung, voll entschädigt werden. Die Möglichkeit, dass es auch in Binningen zu Aus- oder Rückzonungen kommen kann, ist gegeben. Es ist daher zentral, dass das neue Reglement auch die Finanzierung solcher Entschädigungen regelt. Daher liegt der FDP-Antrag vor. Ihrer Ansicht nach sollte man Entschädigungen durch den Infrastrukturfonds begleichen und nicht aus der laufenden Rechnung der Gemeinde. Ansonsten dankt die Fraktion dem Gemeinderat für die spannenden Erläuterungen von Begriffen wie abstrakte Normenkontrolle und vorauseilender Legiferierung. Es ist auch sehr spannend, dass sogar Bundesgerichtsentscheide direkt verlinkt wurden im Bericht. Vielen herzlichen Dank.

*Thomas Hafner, Mitte/glp* bedankt sich bei Gemeinderat und Verwaltung für die Ausarbeitung des Reglements. Die Fraktion findet den Ansatz für das Reglement gut. Vorausschauend könnte ein solches Reglement möglicherweise auch in Binningen hilfreich und notwendig werden. Grundsätzlich sprechen sie sich für das neue Reglement aus. Die Details folgend später in der Lesung. Wenn heute Abend noch neue Anträge kommen würden, wonach es aber bisher nicht aussieht, würden sie einfach situativ bei der Lesung darauf reagieren. Die Mitte/glp ist heute für eine Direktberatung. Eine Kommissionsberatung wäre möglich, der Redner hofft jedoch, dass sich dies vermeiden lässt. Die Fraktion wird dem Reglement so zustimmen.

*Peter Bertschi, Grüne/EVP* teilt mit, die Grüne/EVP ist mit der Zweckverwendung des Fonds und dem vorgeschlagenen Reglement einverstanden. Die Fraktion wird diesem vollumfänglich zustimmen.

*Hubert Steffen, SVP* äussert, die SVP dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Reglements. Grundsätzlich sind sie mit dem Reglement einverstanden, obwohl beim Kanton noch Anpassungen aus dem Bundesgerichtsentscheid vorgenommen werden müssen. Im Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten wird unter § 2 Abs. 3 erwähnt: «Die Gemeinden können bei Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan mit der betroffenen Grundeigentümerschaft in einem

verwaltungsrechtlichen Vertrag einen Infrastrukturbeitrag in Form von Geld, Sach- oder Dienstleistungen vereinbaren, der mit dem Bauvorhaben in Zusammenhang steht.» Dort stellt sich für die Fraktion die Frage, wie grundsätzlich sichergestellt wird, dass, in welcher Form und Art die Abgeltung auch immer geschieht, alle in der Gemeinde Binningen gleichbehandelt werden.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* dankt für die Stellungnahmen zu diesem Reglementvorschlag. Er erklärt, es bestehe eine gewisse Dringlichkeit, das Reglement zu beschliessen, da bereits zwei Verträge abgeschlossen und eine Geldsumme von rund einer halben Million Franken abgemacht wurde. Normalerweise wird diese zur Hälfte bei Baubeginn fällig und dann bei Bauvollendung. Bei den beiden Verträgen wurde aber vereinbart, dass die Summe erst bei Bauvollendung bezahlt wird. Sobald das Geld fließt, ist der Gemeinderat gefordert, dem Einwohnerrat einen konkreten Vorschlag zu machen und diesen umzusetzen. Wenn es den Fonds nicht gibt, fällt es in die laufende Rechnung. Dies möchte der Gemeinderat vermeiden. Daher wurde ein zweistufiges Vorgehen vorgeschlagen, um jetzt im Kern den Infrastrukturfonds zu bilden und in einem zweiten Schritt, nach Bereinigung des kantonalen Gesetzes, weitere Anpassungen, die gewünscht sind, machen zu können.

Bei den angesprochenen Verträgen rechnet der Gemeinderat damit, dass im Jahr 2023 das erste Geld fließen wird. Beim kantonalen Gesetz hat er erfahren, dass die Inkraftsetzung allerfrühestens am 1.1.2023 erfolgen wird, ideal am 1.1.2024. Man wird daher nicht zuwarten können, bis das kantonale Gesetz verabschiedet ist. Zudem braucht es ein Vierfünftel-Mehr des Landrats, um eine Volksabstimmung zu vermeiden. Der Votant geht schwer davon aus, dass es noch eine Volksabstimmung geben wird. Die Gemeinde kann also nicht auf das kantonale Gesetz warten, um das Geld sinnvoll zu verwenden. Bei den Verträgen wurde mit den Parteien ausgehandelt, wie das Geld verwendet werden muss. Es ist nicht so, dass es irgendwohin fließt, sondern es muss möglichst nahe an der Überbauung an fließen. Sei es eine Spielstrasse oder ein Spielplatz usw. Der Gemeinderat möchte die Verträge gerne so umsetzen und wäre daher froh, wenn der Rat dem Reglement in dieser Form zustimmen und in einer zweiten Teilrevision die Anträge stellen würde, die dann ergänzt werden könnten.

*Thomas Hafner, Mitte/glp* ist davon ausgegangen, dass das Reglement vorausschauend ist. Das Areal Spiesshöfli war in seinem persönlichen Fokus. Nun hört er konkret, dass bereits zwei Verträge in Aussicht stehen. Darf man hier auch öffentlich erfahren, welche Region dies betrifft?

*Thomas Haefele, FDP* hat den Eindruck, das Reglement sei generell unbestritten. Einzig von Seiten seiner Fraktion gibt es einen Antrag für eine Erweiterung. Er sieht nicht, welche Verzögerungen es geben könnte. Aus dem Votum des Gemeinderats ist ihm nicht klar, welche Einschränkungen, Verzögerungen oder ähnliches es geben könnte, wenn ein zusätzlicher Absatz ins Reglement integriert wird.

Für *Marc Schinzel, FDP* stellt sich nach dem Votum des zuständigen Gemeinderats die Frage nach der rechtlichen Abstützung. Worauf stützt sich das Reglement in Binningen? Das Bundesgesetz ist natürlich in Kraft. Das kantonale Gesetz hingegen ist nicht in Kraft. Wurde wirklich abgeklärt, worauf sich das Reglement effektiv rechtlich stützt? Kann man es z.B. direkt auf Bundesrecht stützen? Gibt es dort eine Handlungsfreiheit? Oder braucht es nicht zuerst ein kantonales Gesetz, welches das Bundesgesetz ausführt/vollzieht, bevor die Gemeinde selbst handeln kann? Dies würde den Votanten rein rechtlich interessieren.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* nimmt gerne Stellung zu den Fragen. Die Verträge stehen nicht in Aussicht, sie wurden bereits abgeschlossen. Sie sind in Binningen bei aktuellen Bauprojekten. Die Thematik besteht nur bei Quartierplanungen. Quartierplanungen gab es in Binningen in letzter Zeit relativ wenige. Es handelt sich hier um Arealüberbauungen nach einheitlichem Plan. Bei den Arealüberbauungen ist in den Bau- und Zonenvorschriften der Gemeinde Binningen hinterlegt, dass man die Nutzung um 8 Prozent erhöhen kann. Auf die achtprozentige Erhöhung darf die Gemeinde 20 Prozent abschöpfen. Die SVP hat nach der Gleichbehandlung gefragt. Es ist im Gesetz geregelt, dass man, wenn man eine

Mehrnutzung realisieren kann, dort eine Abschöpfung machen kann. Das ist alles gesetzlich geregelt. Bzgl. der Frage der FDP: Im Einwohnerratsgeschäft wurde klar darauf hingewiesen, wo das Reglement angehängt ist. Das kantonale Gesetz ist nicht komplett ausser Kraft gesetzt. Die Gemeinde hat mehrmals mit dem Generalsekretariat der Bau- und Umweltschutzdirektion, Rechtsabteilung, abgeklärt, dass man das so machen kann und es wurde für gut befunden. Es wurde darauf geachtet, dass es richtig angehängt ist. Man befindet sich nicht im luftleeren Raum, um das Reglement heute zu beschliessen.

In Bezug auf den Antrag von Thomas Haefele bzgl. Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen erläutert der zuständige Gemeinderat, dass in diesem Jahrhundert in Binningen wahrscheinlich keine Enteignungen mehr stattfinden werden. Beim Schulhaus wollte die Gemeinde zwei Enteignungen vollziehen und ist gescheitert, weil das Schulhaus auch an einem anderen Ort gebaut werden kann. Er sieht nicht, dass die Gemeinde Binningen irgendwo in eine Enteignungs-Geschichte kommt. Die BLT hat eine Bahnlinie, die sie nicht verschieben kann, daher darf sie die Häuser links und rechts davon enteignen. Bzgl. Eigentumsbeschränkung: Alle 15 Jahre findet eine Ortsplanrevision statt. In der nächsten Ortsplanrevision kann gerne darüber diskutiert werden, dass man gewisse Leute enteignet. Der Votant denkt aber nicht, dass es durchkommen würde, wenn man irgendwelche Zonen ab- oder zurückzonen würde und wenn, wäre es sehr lokal und politisch sicher nicht ganz einfach. Daher besteht im Moment keine Dringlichkeit, diesen Antrag sofort einzubauen. Das Parlament ist frei, dies zu entscheiden. Die Fakten liegen auf dem Tisch.

*Hubert Steffen, SVP* erklärt, soviel er weiss, betrifft der Bundesgerichtsentscheid die Gemeinde Münchenstein. Dort wurde der Freibetrag über 50 000 Franken zu hoch angesetzt. Auf dieses Reglement bezogen spielt es seiner Ansicht nach aber keine Rolle. Hier kann man gut darauf eintreten.

*Thomas Haefele, FDP* hat eine Frage gestellt, die bisher nicht beantwortet wurde. Seine Frage war, inwieweit der Änderungsantrag der FDP die Inkraftsetzung des Reglements verzögert und nicht, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass es zu Enteignungen kommen wird. Wieso soll man eine Ergänzung erst in einer Teilrevision in einigen Jahren machen, wenn es nur eine minimale, winzige Änderung ist? Er geht davon aus, dass die Reglemente bisher weder gedruckt noch veröffentlicht sind. Daher ist der Aufwand, diese Änderungen einzubetten, beliebig gering und es würde ihn interessieren, wieso die Aufnahme dieses Änderungsantrags die Inkraftsetzung verzögern würde.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* antwortet, heute Nachmittag lag eine Antwort der Bau- und Umweltschutzdirektion vor, dass beim GAP grundlegende Anpassungen der Verteilung zwischen Kanton und Gemeinde angedacht werden. Dort ist die Verbindung zu Entschädigungen massgebend. Es wurde bereits erwähnt, es gibt noch eine abstrakte Normenkontrolle und der Kanton empfiehlt, dies erst in einer zweiten Etappe zu machen. Mehr kann der Redner dazu nicht sagen.

## LESUNG DES REGLEMENTS

### Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

### § 1 Zweck

Keine Wortmeldungen.

### § 2 Finanzierung

Hier liegt dem Präsidenten ein schriftlicher Antrag der FDP vor, der den Anwesenden ebenfalls bekannt ist. Es handelt sich dabei um eine Ergänzung, ein neuer Absatz 4, der lautet: «Entschädigungen für Nachteile gemäss Art. 5 Abs. 2 Raumplanungsgesetz werden aus dem Infrastrukturfonds entnommen.».

## ABSTIMMUNG

Antrag FDP: Ergänzung § 2 Abs. 4: 20 JA / 15 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 4)

://: § 2 des Reglements über den Fonds für Infrastrukturabgaben wird wie folgt ergänzt:  
Entschädigungen für Nachteile gemäss Art. 5 Abs. 2 RPG werden aus dem Infrastrukturfonds entnommen.

---

### § 3 Zuständigkeiten

Keine Wortmeldungen.

### § 4 Eigentumsverhältnisse

Keine Wortmeldungen.

### § 5 Landerwerb

Keine Wortmeldungen.

### § 6 Verwaltung der Fondsmittel

Keine Wortmeldungen.

### § 7 Verordnung

Keine Wortmeldungen.

### § 8 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

*Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP* erklärt, damit sei die 1. Lesung abgeschlossen. Wie erwähnt ist in der nächsten Sitzung eine 2. Lesung des Reglements inkl. Schlussabstimmung vorgesehen, sofern aus dem Rat kein Antrag auf Verzicht auf eine 2. Lesung kommt.

*Thomas Haefele, FDP* stellt den Antrag auf Verzicht auf eine 2. Lesung.

*Thomas Hafner, Mitte/glp* findet es in der Würdigung eines neuen Reglements wichtig, dass die üblichen Vorgänge eingehalten werden. Die 2. Lesung hat auch den Sinn, dass jeder Parlamentarier im zweiten Durchgang das fertige Schriftstück nochmals anschauen und kontrollieren kann, ob es im Sinn des Parlaments und der Allgemeinheit ist. Er findet es peinlich, wenn man etwas schnell, schnell abfertigt und ganz zum Schluss bemerkt man Fehler. Das Thema Effizienz ist für diese Kleinigkeit, das Reglement bereinigt nochmals auf die Traktandenliste zu setzen, ein schlechtes Argument.

*Simone Abt, SP* führt aus, auch die SP ist der Meinung, dass es zu viele Unklarheiten gab, auch bei der Diskussion in der ersten Lesung, als dass sie einem Verzicht auf eine 2. Lesung zustimmen würde. In einer nächsten Einwohnerratssitzung kann das Geschäft nochmals auf die Traktandenliste genommen werden. Sie fragt nochmals nach, wie gross die Mehrheit für einen Verzicht auf eine 2. Lesung sein muss.

Der Präsident antwortet, dass es dafür eine Zweidrittelmehrheit braucht. Das wären 26 Stimmen.

## ABSTIMMUNG

Verzicht auf 2. Lesung: 15 JA / 18 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 5)

## BESCHLUSS

---

://: Die 1. Lesung des Reglements über den Fonds für Infrastrukturabgaben wird mit einer Ergänzung abgeschlossen. Es findet eine 2. Lesung statt.

---

## Traktandum 6

Nr. 86

### Interpellation Th. Schwarb, Grüne/EVP-Fraktion: Verkauf Münsterplatz 5 und 6

*Präsident Sven Inäbnit, FDP* äussert, es liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderats zur Interpellation vor. Er fragt den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist und eine kurze Erklärung abgeben möchte oder ob er Diskussion wünscht.

*Thomas Schwarb, Grüne/EVP* verlangt keine Diskussion. Er bedankt sich für die guten Ausführungen. Es ist klar, dass Einzelheiten bleiben, zu denen man gerne mehr wüsste. Insgesamt ist es aber eine sehr gute Antwort.

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

---

## Traktandum 7

Nr. 94

### Interpellation Th. Haefele, B. Büschlen: Nutzung Kronenmattsaal durch Sekundarschule

Der Präsident erklärt, auch zu dieser Interpellation liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderats vor. Er möchte die Interpellanten anfragen, ob sie eine kurze Erklärung abgeben möchten oder Diskussion wünschen.

Es wird keine Diskussion oder Wortmeldung gewünscht.

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation «Nutzung Kronenmattsaal durch Sekundarschule».

---

## Traktandum 8

Gesch. Nr. 61

### Interfraktionelles Postulat: Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen



://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Rahel Amacker, Mitte/glp* dankt dem Gemeinderat für die rasche und kostengünstige Umsetzung des Postulats für eine zeitgemässe und proaktive Kommunikation gegenüber der Bevölkerung. Die Fraktion wird der Abschreibung zustimmen. Durch die neuen Tools haben die Nutzenden die Wahl, zu welchen Themen, in welchem Umfang und über welche Kanäle sie Informationen erhalten möchten. Die Mitte/glp ist gespannt darauf, wie stark das Angebot zukünftig genutzt wird. Falls ein Bedürfnis der Bevölkerung da sein sollte, die Gemeinde auch auf den sozialen Medien zu finden, wäre es sicherlich gut, sich dies für die Zukunft auch zu überlegen.

*Felix Strebel, SP* begrüsst namens der SP die Schaffung des Newsletters der Gemeinde wie im Postulat gefordert. Auch der gewählte pragmatische Ansatz erscheint sehr sinnvoll und begrüssenswert. Nach Prüfung durch einzelne Fraktionsmitglieder wurde festgestellt, dass der Newsletter ein gutes Instrument ist, welches zu funktionieren scheint. Die Fraktion wird die Abschreibung daher unterstützen. Schade ist natürlich, dass noch keine Möglichkeit einer digitalen Interaktion zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Gemeinde besteht. Der Online-Schalter als Beispiel ist eine Ansammlung von PDF-Dokumenten und verdient an und für sich den Namen «Schalter» nicht. Man kann nur downloaden, ausdrucken, ausfüllen und einschicken. Dem Votanten persönlich war der Newsletter nicht bekannt. Er vermutet, dies liege wahrscheinlich daran, dass er ein Newcomer ist und auch das Postulat nicht gekannt hat. Gleichzeitig hat es aber etwas erstaunt, dass die Möglichkeit in den letzten beiden Binninger Anzeigern nicht erwähnt wurde. Auch im Newsfeed der Gemeinde wurde nicht erwähnt, dass diese Möglichkeit besteht. Darum auch die Frage: Was gedenkt die Gemeinde in der Hinsicht zu tun, dass das Angebot bekannt und genutzt wird und so auch in Richtung Bevölkerung kommuniziert wird?

*Susanna Keller, SVP* erläutert, die SVP habe die Umsetzung des interfraktionellen Postulats geprüft und dankt dem Gemeinderat sehr dafür. Die Fraktion wird das Postulat als erledigt abschreiben.

*Urs Hauri, Grüne/EVP* hat den Voten der Vorredner und Vorrederinnen nicht mehr viel anzufügen. Die Fraktion bedankt sich sehr für die rasche und unkomplizierte Umsetzung. Nun hoffen sie einfach, dass das Angebot genutzt und gut bespielt wird. Der Redner denkt, wenn das Angebot angenommen wird, wird in einem weiteren Schritt sicher auch eine digitale Kommunikation zwischen der Gemeinde und den Einwohnern möglich werden.

*Peter Frauchiger, FDP* teilt mit, die FDP stimmt auch geschlossen für die Abschreibung des Postulats. Zur Würdigung des Berichts macht der Votant einige Ausführungen. Die Fraktion begrüsst die implementierten Features im Bereich der individuellen Steuerung von Inhalten. Ihres Wissens ist keine Bekanntmachung erfolgt, weder über die Webseite noch im Binninger Anzeiger. Die FDP regt an, dies nachzuholen. Als Quick-Wins, so sehen sie dies, illustriert die Push-Meldemöglichkeit bestimmte erste Erfolge, aber es ist sicher noch nicht das Ende der Digitalisierung. Hier wünscht sich die Fraktion noch weitere Schritte. Dabei soll der Gemeinderat u.a. auch prüfen, ob Facebook-, Twitter- und Instagram-Kanäle – nicht zwingend für den Redner, aber für andere Generationen – in der Kanalerweiterung geschaffen werden und man diese, wenn es in einer Auslegeordnung mit «Ja» beantwortet werden kann, mit überschaubarem Aufwand zeitnah nachzieht. Abschliessend noch ein Votum zur Optimierung der Navigation auf der Homepage selbst. Aus dem Postulat, so hat es der Votant zumindest gelesen, geht hervor, dass dies ebenfalls angeregt wird. Hier konnte die Fraktion noch keine Veränderung erkennen. Bei einer ersten persönlichen Sichtung ist die Navigation so wie sie ist: nicht schlecht aber auch nicht ganz optimal.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* bedankt sich für die auf der einen Seite lobenden Worte und auf der anderen Seite die Inputs. Auch wenn man dem Postulat entnehmen konnte und es stimmt, dass der

Vorstoss praktisch parallel mit den Anstrengungen des Gemeinderats abgelaufen ist, so wollte man dem Parlament zuerst die Möglichkeit geben, Stellung zu nehmen, bevor die Gemeinde einfach alles umsetzt. Wenn das Postulat heute Abend abgeschrieben wird und der Gemeinderat aufgrund der Voten auf einem guten Weg ist, dann wird auch kommuniziert. Der Votant weiss, dass es heute modern ist, auch die neueren Kommunikationskanäle zu bespielen. Facebook und Instagram wurden genannt. Man muss sich einfach bewusst sein – und es war auch ein wenig der Respekt, den der Gemeinderat noch hat –, wenn man einen solchen Kanal einmal öffnet, dann soll er auch Beständigkeit haben. Wenn man so etwas anbietet, dann hat derjenige, der dort eine Frage stellt oder einen Hinweis bringt, auch eine Antwort verdient. Es wurden Gespräche mit Gemeinden geführt, die dies gemacht haben. Man darf den Aufwand nicht unterschätzen. Die Lösung, wie man dies angehen möchte, liegt noch nicht vor. Es ist ein stehendes Thema, mit welchem sich der Gemeinderat auseinandersetzt.

Bezüglich Digital: Hier sind sich die Anwesenden völlig einig. Nur weil irgendein Formular heruntergeladen werden kann, ist es noch keine Digitalisierung. Wenn man von einem digitalen Schalter redet, geht es wirklich darum, dass Sachen tatsächlich direkt erledigt werden können. Es gibt einige wenige Sachen, die bereits angeboten werden und es kommen noch einige. Es braucht für die Einrichtung einfach noch etwas Zeit. Es ist aber ganz klar, mit dieser Entwicklung muss die Gemeinde mitgehen können. Sie hat sich auf die Fahne geschrieben, dass sie eine moderne Gemeinde sein möchte. Eine moderne Gemeinde bietet digitale Lösungen an. Hier ist der Gemeinderat an der Aufarbeitung und Erledigung seiner Hausaufgaben.

#### ABSTIMMUNG

Abschreibung: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

#### BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

---

### Traktandum 9

---

#### Diversa

*Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP* äussert, es seien drei Anfragen eingereicht worden, zu welchen schriftliche Antworten, auf elektronischer Art und Weise, vorliegen. Er möchte den Gemeinderat fragen, ob er noch eine Ergänzung zu seinen Antworten hat. Das ist nicht der Fall.

Damit bleibt ihm noch der Ausblick auf die nächste Sitzung. Diese findet am 16. Mai statt. Er dankt für die heutige, konstruktive Sitzung, welche speditiv abgelaufen ist. Bis zur nächsten Sitzung alles Gute, gute Gesundheit und viel Elan, denn die nächsten beiden Sitzungen werden mit recht schweren politischen Brocken gefüllt sein. Denen, die bereits jetzt in den Kommissionen daran arbeiten, wünscht er ebenfalls viel Elan.

Damit schliesst der Präsident die Sitzung um 21.01 Uhr.

ER-Sitzung vom 4. April 2022

			Gesch. Nr. 60	Gesch. Nr. 16/XII	Gesch. Nr. 88		Gesch. Nr. 61
			2	3	4	5	6
Nr.	Name	Fraktion	Anpassung Geschäftsordnung Einwohnerrat	Abschreibung Postulat	Antrag FDP: Ergänzung § 2 Abs. 4	Verzicht auf 2. Lesung	Abschreibung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
4	Glaser S.	Grüne	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
7	Schilling	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
10	Abt	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
11	Appenzeller	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
12	Benthaus	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
14	Müller	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
16	Strebel	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
17	Strondl	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
18	Tribolet	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
19	Alt	Mitte	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
20	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
21	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
22	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
31	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
36	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

**TOTAL**

Ja	38	27	20	15	38
Nein	0	9	15	18	0
Enthaltungen	0	2	3	5	0
	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>38</b>